

Die Abrechnung mit der Molotow-Clique

Die Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Moskau, 4. Juli (AP). Die Verlautbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über den Sturz der vier prominenten Parteimitglieder Molotow, Malenkow, Kaganowitsch und Schepilow hat folgenden Wortlaut:

Auf seiner Sitzung vom 22. bis 29. Juni 1957 hat das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion das Problem der parteiinneren Gruppe Malenkows, Kaganowitschs und Molotows erörtert, die sich innerhalb des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU gebildet hatte.

Zu einer Zeit, da die Partei unter Führung des ganzen Volkes gewaltige Arbeit verrichtet, um die historischen Beschlüsse des 20. Parteikongresses mit dem Ziel zu verwirklichen, die nationale Wirtschaft weiterzuentwickeln, den Lebensstandard des sowjetischen Volkes ständig zu verbessern, die leninistischen Normen im Parteileben wieder einzuführen, Verletzungen des revolutionären Rechts zu beseitigen, die Bindungen zwischen der Partei und den Massen zu erweitern, eine sozialistische demokratische Demokratie zu fördern, die Freundschaft unter den sowjetischen Völkern zu festigen, eine richtige Innenpolitik zu führen und auf außenpolitischem Gebiet die internationale Spannung zwecks Sicherung eines

dauerhaften Friedens zu verringern, und zu einem Zeitpunkt, da ein bemerkenswerter Fortschritt auf allen Gebieten, wie jedem Sowjetbürger geläufig, erzielt worden ist, in einem solchen Augenblick hat sich die parteiinneren Gruppe Malenkows, Kaganowitschs und Molotows gegen die Parteilinie gewandt.

In dem Bemühen, die politische Linie der Partei zu ändern, hat diese Gruppe parteiinneren spaltende Methoden benutzt, um die Zusammensetzung der Führungsgremien der Partei, die vom Plenum des ZK der KPdSU gewählt worden sind, zu ändern. Dies war kein Zufall. In den letzten drei oder vier Jahren, als die Partei einen entschlossenen Kurs zur Berichtigung jener Irrtümer und Verfehlungen verfolgte, die sich aus dem Persönlichkeitskult ergaben, und da sie einen erfolgreichen Kampf gegen die Revisionisten des Marxismus-Leninismus sowohl auf internationaler als auch im Lande selbst führte — Jahre, die erfüllt waren von bemerkenswerter Arbeit zwecks einer Korrektur jener Einstellungen der leninistischen Nationalpolitik, wie sie in der Vergangenheit begangen wurden —, seit dieser Zeit haben die Mitglieder der nun aufgedeckten und völlig bloßgestellten parteiinneren Gruppe ständige Opposition, sei es direkt oder indirekt, gegen diesen vom 20. Kongreß gebilligten Kurs geäußert.

Sie führten einen durch nichts gerechtfertigten Kampf gegen den von den Kollektivwirtschaften, Gebieten und Republiken aktiv unterstützten Aufbau der Partei, in den nächsten Jahren die USA in der Milch-, Fleisch- und Buttererzeugung pro Kopf der Bevölkerung einzuholen. Dadurch zeigten die Mitglieder der parteiinneren Gruppe ihre überhebliche Geringschätzung gegenüber den dringenden Lebensinteressen breiter Volksmassen und ihren Unglauben an die gewaltigen Möglichkeiten, die der sozialistische Wirtschaft innewohnen, und in die große Bewegung des ganzen Volkes für die beschleunigte Steigerung der Produktion von Milch und Fleisch.

Die Neulandgewinnung nicht eingesehen

Man darf es nicht für einen Zufall halten, daß das Mitglied der parteiinneren Gruppe, Genosse Molotow, sich konservativ und starr zeigte, indem er die Notwendigkeit der Erschließung von Neuland nicht einsah, ja sich sogar der Nutzbarmachung von 35 Millionen Hektar Neuland, die für die Wirtschaft unseres Landes so gewaltige Bedeutung gewonnen hat, widersetzte.

Die Genossen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow widersetzen sich hartnäckig den Maßnahmen, die das Zentralkomitee und unsere ganze Partei verwirklichen, um die Folgen des Persönlichkeitskults zu beseitigen, die seinerzeit zugelassenen Verletzungen der revolutionären Gesetzmäßigkeit zu beheben und solche Bedingungen zu schaffen, die die Möglichkeit ihrer Wiederholung in der Zukunft ausschließen.

Während die Arbeiter, Kolchosbauern, unsere ruhmreiche Jugend, die Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler, die Schriftsteller und die gesamte Intelligenz, die von der Partei auf Grund der Beschlüsse des 20. Parteikongresses der KPdSU durchgeführten Maßnahmen einmütig unterstützen, während sich das gesamte Sowjetvolk in den aktiven Kampf zur Verwirklichung dieser Maßnahmen einschaltete, während unser Land einen mächtigen Aufschwung der Aktivität des Volkes und einen Zustrom neuer schöpferischer Kräfte erlebt, blieben die Mitglieder der parteiinneren Gruppe dieser schöpferischen Bewegung der Massen gegenüber taub.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik legte diese Gruppe, und insbesondere Genosse Molotow, Starrheit an den Tag und störte auf jede Art und Weise die Verwirklichung herangereifter neuer Maßnahmen, die auf die Minderung der internationalen Spannung, auf die Festigung des Friedens in der ganzen Welt gerichtet waren.

Molotow wollte keinen Staatsvertrag

Als Außenminister traf Genosse Molotow auf der Linie des Außenministeriums während einer langen Periode keinerlei Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien, ja, er wandte sich wiederholt gegen die Maßnahmen, die vom Präsidium des ZK zur Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien ergriffen wurden. Der falsche Standpunkt des Genossen Molotow in der jugoslawischen Frage war vom Plenum des ZK der KPdSU im Juli 1955 einmütig verurteilt worden, da er „den Interessen des Sowjetstaates und des sozialistischen Lagers und den Prinzipien der Leninschen Politik nicht entspricht“.

Genosse Molotow hemmte den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich und die Verbesserung der Beziehungen zu diesem Staat im Herzen Europas. Der Abschluß des Vertrages mit Österreich war zur Verringerung der allgemeinen internationalen Spannung von großer Bedeutung. Er war auch gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Japan, obwohl doch diese Normalisierung eine große Rolle bei der Minderung der internationalen Spannung im Fernen Osten gespielt hat. Er wandte sich gegen die von der Partei ausgearbeiteten prinzipiellen Leitsätze über die Möglichkeit der Verhütung von Kriegen unter den gegenwärtigen Bedingungen, über die Möglichkeit verschiedener Wege des Übergangs zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern, über die Notwendigkeit verstärkter Kontakte der KPdSU zu den fortschrittlichen Parteien des Auslandes.

Genosse Molotow wandte sich wiederholt gegen die notwendigen neuen Schritte der Sowjetregierung zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Völker. Insbesondere

bestritt er, daß es zweckmäßig ist, persönliche Kontakte zwischen führenden Persönlichkeiten der UdSSR und Staatsmännern anderer Länder herzustellen, obwohl das im Interesse der gegenseitigen Verständigung und der Verbesserung der internationalen Beziehungen notwendig ist.

In vielen dieser Fragen wurde die Meinung des Genossen Molotow vom Genossen Kaganowitsch und in einigen Fällen auch vom Genossen Malenkow unterstützt. Das Präsidium des Zentralkomitees und das Zentralkomitee als Ganzes haben sie geduldig korrigiert und gegen ihre Fehler gekämpft in der Meinung, daß sie aus ihren Fehlern Lehren ziehen, nicht auf diesen beharren und mit dem ganzen leitenden Kollektiv der Partei Schritt halten würden. Sie beharrten aber auch weiterhin auf ihren falschen, nicht leninistischen Standpunkten.

Sektierer und Dogmatiker

Die von der Linie der Partei abweichende Position der Genossen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow hat ihre Ursache darin, daß sie in alten Vorstellungen und Methoden befangen waren und sind, daß sie sich vom Leben der Partei und des Landes losgelöst haben, die neuen Bedingungen, die neue Lage nicht sehen, Konservatismus an den Tag legen, sich an überlebte, den Interessen der Bewegung zum Kommunismus nicht entsprechende Arbeitsformen und -methoden klammern und damit das Ablehnen, was vom Leben geboren wird und den Interessen der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, den Interessen des gesamten sozialistischen Lagers entspricht.

Sowohl in Fragen der Innen- als auch in

Fragen der Außenpolitik sind die Sektierer und Dogmatiker, sie gehen dogmatisch und starr an den Marxismus-Leninismus heran. Sie können nicht begreifen, daß sich unter den gegenwärtigen Bedingungen der lebendige Marxismus-Leninismus in Aktion, der Kampf für den Kommunismus in der Verwirklichung der Beschlüsse des 20. Parteikongresses der KPdSU zeigen in der beharrlichen Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz, des Kampfes für die Freundschaft zwischen den Völkern, in der Politik der allseitigen Festigung des sozialistischen Lagers, in der Verbesserung der Leitung der Industrie, im Kampf für den allseitigen Aufschwung der Landwirtschaft, für einen Ueberfluß an Produkten, für einen umfassenden Wohnungsbau, für die Erweiterung der Rechte der Unions-Republiken und für das Aufblühen der nationalen Kulturen sowie für die allseitige Entfaltung der Initiative der Volksmassen.

Nachdem die Genossen Molotow, Kaganowitsch und Malenkow sich davon überzeugt hatten, daß ihr falsches Reden und Handeln im Präsidium des Zentralkomitees, welches konsequent die Linie des 20. Parteikongresses verfolgte, immer wieder auf Widerstand stieß, schlugen sie den Weg des Gruppenkampfes gegen die Parteiführung ein. Sie verständigten sich auf einer parteiinneren Grundlage und steckten sich das Ziel, die Politik der Partei zu ändern und die Partei zu den falschen Methoden der Führung zurückzuführen, die vom 20. Parteitag verurteilt worden waren.

Geheimes Komplott

Sie griffen zum Mittel der Intrige und schmiedeten ein geheimes Komplott gegen das Zentralkomitee. Die Tatsachen, die auf dem Plenum des Zentralkomitees aufgedeckt wurden, zeigen, daß die Genossen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow sowie der Genosse Schepilow, der sich ihnen anschloß, den Weg des Fraktionskampfes eingeschlagen und damit gegen das Parteistatut sowie gegen den von Lenin ausgearbeiteten Beschluß des X. Parteitag

tages „über die Einheit der Partei“ verstoßen haben, in dem es heißt:

„Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strenge Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit bei Beseitigung jeglicher Fraktionstätigkeit zu erreichen, ermächtigt der Parteitag das Zentralkomitee, in Fällen des Disziplinbruchs, des Wiederauflebens oder der Zulassung der Fraktionstätigkeit, alle Disziplinarmaßnahmen bis zum Ausschluß aus der Partei und gegenüber Mitgliedern des Zentralkomitees ihre Zurückversetzung in den Kandidatenstand und als äußerste Maßnahme sogar den Ausschluß aus der Partei anzuwenden. Diese äußersten Maßnahmen gegen Mitglieder des Zentralkomitees, Kandidaten des Zentralkomitees und Mitglieder der Kontrollkommission können nur unter der Bedingung angewandt werden, daß ein Plenum des Zentralkomitees einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des Zentralkomitees sowie alle Mitglieder der Kontrollkommission eingeladen werden. Erachtet diese gemeinsame Tagung der verantwortlichen führenden Funktionäre der Partei mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen die Zurückversetzung eines Mitglieds des Zentralkomitees in den Kandidatenstand oder den Ausschluß aus der Partei für notwendig, so muß diese Maßnahme unverzüglich verwirklicht werden.“

Die Leninsche Resolution verpflichtet das Zentralkomitee und alle Parteiorganisationen, unentwegt die Einheit der Partei zu festigen, jeglichen Erscheinungen der Fraktions- und Gruppenbildung entschieden entgegenzutreten und eine wirklich einmütige Arbeit zu gewährleisten, die die Einheit des Willens und Handelns der Avantgarde der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, verkörpert.

Das Plenum des Zentralkomitees stellt mit größter Genugtuung die ehre Einheit und Geschlossenheit aller Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, der Mitglieder der zentralen Revisionskommission der KPdSU fest, die die parteiinneren Gruppe einmütig verurteilt habe. Es gab im Plenum des Zentralkomitees nicht einen Menschen, der diese Gruppe unterstützt hätte.

Den Beschlüssen der Partei unterworfen

Angeichts der einmütigen Verurteilung der parteiinneren Gruppe durch das Plenum des Zentralkomitees, und als die Mitglieder des Plenums des Zentralkomitees die Entfernung der Mitglieder der Gruppe aus dem Zentralkomitee und ihren Ausschluß aus der Partei forderten, gaben sie das Komplott sowie die Schädlichkeit ihrer parteiinneren Tätigkeit zu und verpflichteten sich, sich den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen. Ausgehend von dem oben Gesagten und geleitet von den Interessen der allseitigen Festigung der Leninschen Einheit der Partei, beschließt das Zentralkomitee der KPdSU:

1. Die Fraktionstätigkeit der parteiinneren Gruppe Malenkow-Kaganowitsch-Molotow und Schepilow, der sich ihnen angeschlossen hat, als mit den Leninschen Prinzipien unserer Partei unvereinbar zu verurteilen.

2. Die Genossen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow aus dem Präsidium des Zentralkomitees und dem Zentralkomitee zu entfernen und Genossen Schepilow von der Funktion eines Sekretärs des Zentralkomitees der

KPdSU zu entbinden und ihn aus den Reihen der Kandidaten des Präsidiums des Zentralkomitees sowie aus den Reihen der Mitglieder des Zentralkomitees zu entfernen.

Die einmütige Verurteilung der Fraktionstätigkeit der parteiinneren Gruppe Malenkow-Kaganowitsch-Molotow durch das Zentralkomitee der Partei dient der weiteren Festigung der Einheit der Reihen unserer Leninschen Partei, der Stärkung ihrer Führung, dient dem Kampf für die Generallinie der Partei.

Das Zentralkomitee der Partei ruft alle Kommunisten auf, ihre Reihen unter dem unbesiegbaren Banner des Marxismus-Leninismus noch enger zusammenzuschließen und alle ihre Kräfte für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus einzusetzen.

Am 29. Juni 1957 von allen Mitgliedern des Zentralkomitees, Kandidaten des Zentralkomitees und den Mitgliedern der zentralen Revisionskommission angenommen, bei einer Stimmenthaltung des Genossen Molotow.

Fünfeinhalb Jahre Zuchthaus im Weidenen KZ-Prozess

EIGENER BERICHT

ma. Weiden (Oberpfalz), 4. Juli. Im Weidenen KZ-Prozess ist nach dreitägiger Verhandlung der 53 Jahre alte Zahnarzt und ehemalige SS-Unterscharführer im Konzentrationslager Flossenbürg, Franz Christian Weck aus Nidda, Oberhessen, wegen Beihilfe zum Mord an KZ-Häftlingen in zwanzig Fällen zu fünf Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre verurteilt worden. Auf die Strafe werden vier Jahre Haft angerechnet, die Weck zwischen 1945 und 1950 in Zuchthäusern der Sowjetzone verbüßt hat.

Das erste Urteil des Weidenen Schwurgerichts gegen Weck vom 5. Juni 1956, bei dem er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, war vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe aus formalen Gründen aufgehoben und das Verfahren nach Weiden zurückverwiesen worden. In der Urteilsbegründung wurde als belastend für Weck angeführt, daß er ein blinder Befehlspfeifer gewesen sei, der trotz seiner Kenntnis der Situation sein Gewissen ausgeschaltet habe. Als strafmildernd wurde betrachtet, daß er noch nicht vorbestraft ist.

Gespräch des Bundeskanzlers mit Vertretern der Studenten

Bonn, 4. Juli (dpa). Der Bundeskanzler hat den Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften empfangen. Wie der Studentenverband anschließend in Bonn mitteilte, wurden dabei die mit der Hochschulreform zusammenhängenden Probleme und das Verhältnis zu den Studenten in der Sowjetzone erörtert. Außerdem besprach der Kanzler mit den Studenten Fragen, die mit der Amnestie für studentische politische Häftlinge in der Bundesrepublik zusammenhängen. Ferner wurde über die Entwicklung eines Stipendienprogramms für Studenten aus entwicklungs-fähigen Ländern Afrikas und Asiens gesprochen.

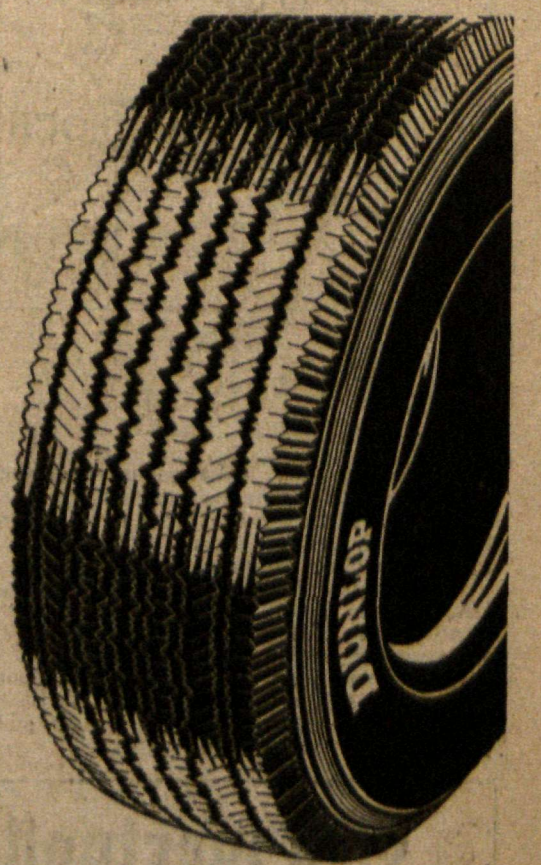
Nach Mitteilung des Studentenverbandes stimmte Dr. Adenauer einer Ausweitung des Studienförderungsprogramms im Prinzip zu. Er war der Meinung, das erweiterte Studienmöglichkeiten für Studenten aus solchen Ländern geschaffen werden sollten, in denen Deutsche kaum studieren können. Der Vorstand begrüßt in seiner Erklärung die Möglichkeit, seine Probleme dem Bundeskanzler vorzutragen zu können. Es sei beabsichtigt, die Kontakte mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in stärkerem Maße als bisher zu pflegen.

Rutschfest wie noch nie!

Otto Barthmann hat als Testfahrer bei DUNLOP mehr als zwei Millionen Kilometer hinter sich. Er kennt das Fahrverhalten aller Wagentypen, und er weiß, was man Reifen zumuten kann. In einem Interview nach Abschluß der Testfahrten auf den neuen DUNLOP-Pkw-Reifen mit Kalt-Kautschuk in der Lauffläche sagte Barthmann:

„... sogar auf nassem Blaubasalt fährt der Wagen bei hohem Tempo noch wie an der Schnur gezogen! In unserer Blaubasalt-Teststrecke haben wir zwei besonders gefährliche Kurven. Früher konnten wir hier höchstens mit 60 Kilometern fahren. Auf unseren neuen Reifen läuft der Wagen bis 85 noch völlig sicher. Übrigens bricht das Fahrzeug auch bei scharfem Bremsen nicht mehr aus, und so kurze Bremswege habe ich bisher nicht für möglich gehalten. Man bekommt wirklich ein ganz neues Fahrgefühl!“

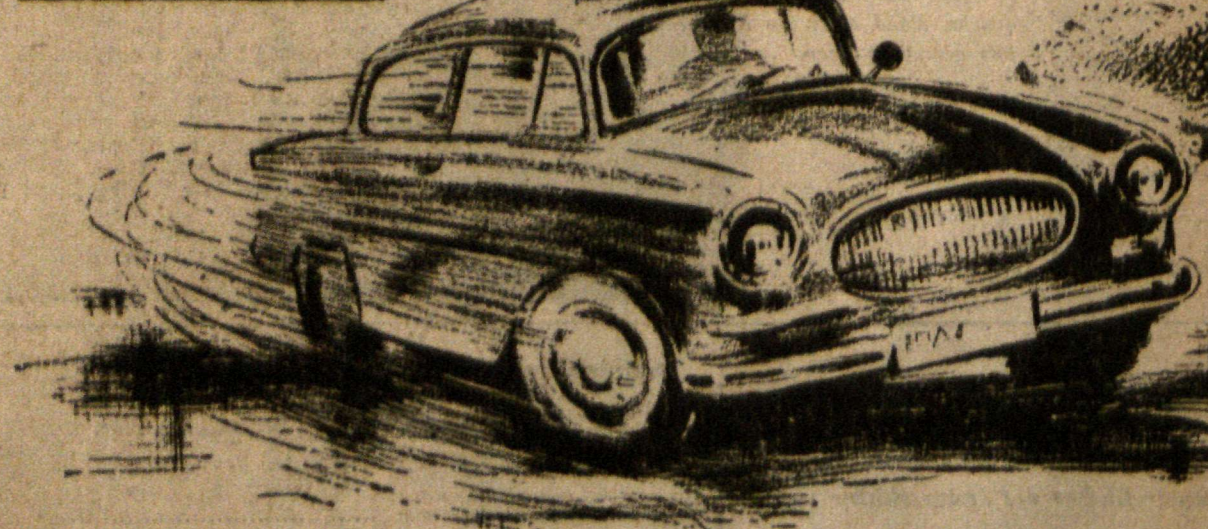
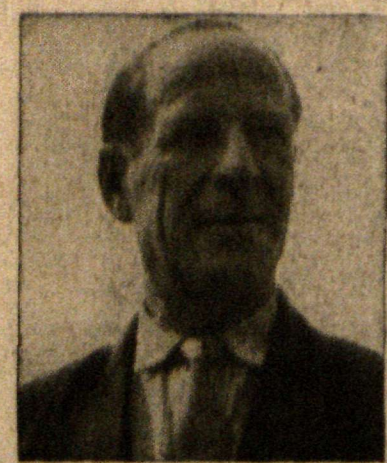
Nutzen Sie diese Vorteile! Ihr Händler hält die neuen DUNLOP-Pkw-Reifen mit Kalt-Kautschuk für Sie bereit.



Kalt-Kautschuk ist ein Syntheseprodukt, das in unserer Fertigung nach sorgfamer und langjähriger Entwicklung der Reifen jetzt diese überlegene Rutschfestigkeit verleiht.

DUNLOP

Pkw-Reifen mit Kalt-Kautschuk



7944

In verwegener Fahrt testete Otto Barthmann monatelang auf gefährlichen Prüfständen die neuen DUNLOP-Pkw-Reifen mit Kalt-Kautschuk in der Lauffläche. Hier ist sein begeistertes Urteil: „Rutschfest wie noch nie!“